

Aufbruch in Lateinamerika. Editorial

*We will coup whoever we want! Deal with it.
Wir werden wegputschen, wen wir wollen! Finden Sie sich ab damit.
Elon Musk!*

Der Mann, der sich vor kurzem einen Ausflug ins Weltall genehmigt hat, nimmt kein Blatt vor den Mund. Im Sommer 2020 wandte er sich gegen ein weiteres Konjunktur- und Sozialpaket in den USA mit dem Argument, das sei nicht »im besten Interesse der Menschen«. Man hielt ihm entgegen: »Wissen Sie, was nicht im besten Interesse der Menschen ist? Die Organisation eines Putsches gegen Evo Morales in Bolivien durch die US-Regierung, damit Sie das dortige Lithium kriegen.« Darauf die unverblünte Antwort, die einmal mehr militärische Gewalt zum legitimen Mittel der US-Politik erklärt.

Gegen derartige kapitalistische Enteignung der Lebensgrundlagen steht die in vielen Ländern Lateinamerikas seit einiger Zeit wieder unüberhörbar gewordene Forderung: *Nunca más sin nosotros ni nosotras – nie mehr ohne uns*. Sie geht auf die Zapatistas zurück, zahlreiche indigene Völker, die Frauenbewegung und andere soziale Bewegungen haben sie sich zu eigen gemacht. Zu sehen ist sie auch auf dem Unterarm von Elisa Loncón, der Sprachwissenschaftlerin vom Volk der Mapuche, die am 4. Juli 2021 in Chile zur Präsidentin der von den sozialen Protesten erzwungenen Verfassunggebenden Versammlung gewählt wurde (siehe das Foto auf dem Umschlagrücken). Eine Forderung, die ein Schrei ist, notgeboren. Ein Schrei, der im Schweigen der ideologischen Reproduktion der Verhältnisse unterzugehen droht. *Nie mehr ohne uns* – damit sind alle gemeint, die für Produktions- und Lebensverhältnisse im »Interesse der Menschen«, aller Menschen, kämpfen. Sie werden sich nicht mit der Kombination von Finanz- und extraktivistischem Kapital abfinden, die ihre Lebensgrundlagen zerstört.

Als in den meisten lateinamerikanischen Ländern Linksregierungen an der Macht waren, in Ecuador und Bolivien sogar neue Verfassungen in Kraft traten, die endlich den Kolonialismus durchbrechen und die soziale und politische Teilhabe der indigenen Völker am Leben der Nation sicherstellen sollten, fragten wir, ob die Revolution in Lateinamerika zurückkehre (*Das Argument* 276/2008). Rückkehr nicht im Sinne der Wiederholung einer Politik bewaffneter Avantgarden im Stile der 1960er Jahre, sondern im Sinne einer erneuerten Reformfähigkeit. »Um überhaupt reformfähig zu werden, müssen die Menschen sich zu den natürlichen Ressourcen ihrer Länder und müssen die Staaten dieser Länder sich zu ihren menschlichen Ressourcen neu in Beziehung setzen«, heißt es im Editorial mit dem Titel »Indoamerikanischer Sozialismus?«.

Dieses In-Beziehung-Setzen ist ein Prozess von langer Dauer, Fehlschläge, Abbrüche, Umkehrungen eingeschlossen. Niemand hätte damals gedacht, dass in Brasilien ein profaschistisches Regime an die Macht kommt, dass die »bolivarische Revolution« in Venezuela mit dem Einbrechen der Ölpreise, unterm Druck der im Innern akkumulierten Probleme und unter dem ihrer international bestens vernetzten Gegner versandet,

1 Zit.n. Prashad, Vijay, u. Alejandro Bejarano, »Elon Musk and the Overthrow of Democracy in Bolivia«, in: *Globetrotter – Independent Media Institute*, 28.7.20, www.

dass das von den indigenen Völkern in den Andenstaaten geforderte Buen Vivir in einer Weise »banalisiert« werden konnte, »dass es einfach eine Steigerung des Wohlergehens aller durch gerechte Verteilung der Erträge aus einem gesteigerten Extraktivismus bedeuten sollte« (Meschkat 2020, 77)². Ein Extraktivismus, der ungeheure Mengen an Energie verschlingt³ und an dem dadurch nichts besser wird, dass er unverzichtbare Rohstoffe für die Elektromobilität liefert, die, eingebracht in eine die kapitalistischen Produktionsverhältnisse unangetastet lassende Strategie, das Klima nicht retten wird. Es ist offensichtlich geworden, dass sich die sozialen Bewegungen nicht zufrieden geben werden mit einer einseitigen Auflösung des Problemknotens aus »sozio-ökonomischer Reform einerseits und sozio-ökologischer Reform andererseits« (Svampa, 123), welche zwecks Erfüllung des Wohlstandsversprechens für die urbanen Mittelschichten für die Landbevölkerung die immer weitergehende Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und die Vernichtung ihrer Territorien durch Bergbau und Abholzung bedeutet.

An dieser Stelle nimmt das vorliegende Heft den Faden wieder auf und fragt nach den Perspektiven der im Zeichen der Proteste gegen (Neo)Extraktivismus, Landraub und Verweigerung ziviler Rechte in Gang gekommenen Hegemoniekämpfe, die auf eine »ökoterritoriale Wende« zielen. Damit ist gemeint, dass mit einer vom Staat umverteilten Rohstoffrente sich zwar die Lebensverhältnisse der am meisten Benachteiligten verbessern lassen, eine nachhaltige Entwicklungsweise damit aber nicht eingeleitet werden kann. Eine solche kann sich nicht ohne die Verbindung zwischen indigenem und ökologischem Diskurs ergeben, zwischen den ihre Lebensgrundlagen verteidigenden indigenen Kommunen, in denen die Frauen eine besondere Rolle spielen, und landesweit organisierten Umweltbewegungen sowie, last but not least, mit nationalen oder überregionalen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungspolitiken. Damit stellt sich auch die Frage, welche Rolle die Arbeiterbewegung in dieser Konstellation spielt, eine Frage, die in einer mit identitätspolitischer Schlagseite geführten Diskussion zu kurz kommt.

Zahlreich sind die Berichte von ermordeten Umweltaktivist/innen, einmalig ist die Nachricht von dem Sieg, den das Volk der in Ecuador lebenden Waorani 2019 feiern konnte, nachdem das Provinzgericht von Pastaza die Förderung von Erdöl in ihrem Stammesgebiet im Amazonas-Regenwald untersagt hatte.⁴ Die Sprecherin der Waorani, Nemonte Nenquimo, deren politischem Geschick ein Gutteil des Erfolgs zu verdanken ist, ist mit diesem Erfolg auch im Westen bekannt geworden. Das *Time Magazine* zählt sie zu den »einhundert einflussreichsten Personen der Welt« (www). Doch solche

2 Klaus Meschkat, *Krisen progressiver Regime. Lateinamerikanische Linke und das Erbe des Staatssozialismus*, Hamburg 2020 (vgl. die Rezension in diesem Heft).

3 Maristella Svampa verweist darauf, dass ein einziges Unternehmen wie der argentinische Aluminiumerzeuger Aluar die Menge an Gas verbraucht, die Argentinien aus Bolivien importiert (*Epochenwechsel in Lateinamerika. Progressive Regierungen, Extraktivismus und soziale Bewegungen*, hgg. u. a.d. Span. v. María Cárdenas, Münster 2020, 126; vgl. die Rezension im Aufsatzteil dieses Heftes).

4 Die im Nationalpark Yasuní im ecuadorianischen Amazonastiefland lagernden Erdölreserven sollten unberührt bleiben, dem Staat die Hälfte der dadurch entgangenen Einnahmen aus einem internationalen Kompensationsfonds ersetzt werden. Der Fonds kam »nicht zuletzt durch die Sabotage der deutschen Bundesregierung« nicht zustande (Meschkat 2020, 12).

›Anerkennung‹ – symbolpolitische Imagepflege des Westens, der (neben China) noch immer am meisten vom Rohstoffexport profitiert – wird nichts daran ändern, dass der erste Schritt auf dem Weg zur ökoterritorialen Wende noch kaum getan ist.

Wenn der brasilianische Präsident Bolsonaro den Rohstoffabbau auf indigenen Territorien gutheißt, weil es nicht sein könne, »dass eine Million Indigene auf mit fabelhaften Reichtümern gesegnetem Grund und Boden in Armut lebt«⁵, dann tut er so, als ginge es bei der Freigabe derer Lebensgrundlagen für die transnationale Kapitalverwertung um einen Kampf gegen die Armut, als wäre jene gigantische Enteignung der Indigenen eine Verwirklichung ihres »Nie mehr ohne uns«. Selbst wenn es zu Sozialgeschenken aus der Profitmasse kommen sollte, bliebe die Wüstenei, in welche die extraktionskapitalistische Hebungsweise von ›Naturreichtümern‹ deren Fundorte verwandelt. Die momentan reicher gewordenen Indigenen hätten selbst den Ast abgesägt, auf dem sie sitzen.

Dass dem Widerspruch, der sich hier antagonistisch zuspitzt, ein allgemeinerer zugrunde liegt, zeigen die Konflikte, die Evo Morales mit seinem Projekt der Nutzung von Bodenschätzen im Interesse der national-allgemeingesellschaftlichen Entwicklung heraufbeschwor. Auch Rafael Correa, bis 2017 an der Spitze der ecuadorianischen Linksregierung, hat mehrfach diejenigen als »verrückt« bezeichnet, die den Rohstoffabbau kritisierten.

Solche und ähnliche Beispiele deuten zugleich auf einen die rechts/links-Logik unterlaufenden extraktivistischen Alltagsverstand, wie Eduardo Gudynas in diesem Heft zeigt. Dessen Formierung und Zusammensetzung gründet im durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse angetriebenen rohstoffintensiven Massenkonsum. Er sorgt dafür, dass die globalen Bergbauinvestitionen allein zwischen 2002 und 2008 um 677 Prozent zulegten (vgl. den Beitrag von Kristina Dietz). Gewiss ist eine Politik, die dafür sorgt, dass die Gewinne aus dem Rohstoffabbau im Land bleiben, besser als die herkömmliche, bei der vor allem die transnationalen Unternehmen im Verbund mit einer schmalen ›nationalen‹ Kompradorenbourgeoisie profitieren. Doch ändert sich dadurch nichts an der seit Jahrhunderten befestigten Stellung des Kontinents als Rohstofflieferant, welche die Entwicklung einer eigenständigen Industrie blockiert.

Noch immer sind die Adern Lateinamerikas »offen«, wie der Titel des berühmten Buches von Eduardo Galeano (1971) besagt. Im Vorwort zur deutschen Neu-Übersetzung von 2008 bedauert der 2015 verstorbene Autor, »dass diese Seiten nichts an Aktualität verloren haben« (9)⁶. Zwar sind die Berge vom Silber längst ausgeräumt, aber die Zerstörung der »natürlichen Wälder zugunsten der Industriegewälder, Bergwerke und riesigen Plantagen [...], die den Boden vergiften, alles Wasser schlucken und kleine Pflanzungen und Gemüsegärten verdrängen« (10), geht weiter. Gerade wenn die Kurse für den Rohstoff »plötzlich in den Himmel schießen« (11), schlägt die Stunde des Agrobusiness, dem der Boom den Extraprofit zuführt, während die Vielen ihr täglich Brot nicht mehr bezahlen können.

5 Naiara Galarraga Gortázar, »Bienvenidos a la galaxia paralela de Bolsonaro«, in: *El País*, 1.5.2021, 8.

6 Eduardo Galeano, *Die offenen Adern Lateinamerikas*, a.d.Span. v. Angelica Ammar, Wuppertal 2009.

Ebenfalls vor einem halben Jahrhundert erschien die *Theologie der Befreiung* von Gustavo Gutiérrez, eine geistige Frucht der basiskirchlichen Bewegungen der 1950er und 60er Jahre, die mit ihrer »vorrangigen Option für die Armen« noch immer zu den aktuellen Kämpfen der Indigenen, der Frauen, der Landlosen und deren Vernetzung beiträgt. Sie bündelt mehrere Kritiken: die am Götzendienst des Geldes, dem die Armen zum Opfer gebracht werden und der nicht ruht, bis der letzte Baum gefällt und damit »in Wert gesetzt« ist; die an patriarchaler, rassistischer oder sexueller Unterdrückung; schließlich die dekoloniale Kritik, die eine »moderne Kritik der Moderne ist«, die, gestützt auf die Sozialwissenschaften, die seit der Conquista errichteten Mechanismen der Ausbeutung und der Herrschaft aufs Korn nimmt. Damit stellt sie sich auf die Seite der indigenen Gemeinschaften und bäuerlichen Organisationen, die sich auf ein die Natur einschließendes Ethos des guten Zusammenlebens (Buen Vivir) berufen (vgl. den Beitrag von Luis Martínez Andrade). In befreiungstheologischer Perspektive erscheint der Neoliberalismus als eine säkulare Theologie, die über ihre Apostel, heiligen Texte und deren befugte Interpreten verfügt (vgl. das im Rezensionsteil besprochene Buch von Franz J. Hinkelammert). Damit werden Fragen nach der unvollendeten Befreiung Lateinamerikas wieder aufgenommen, die vor hundert Jahren und mehr von Vordenkern eines indoamerikanischen Sozialismus (José Carlos Mariátegui in Peru) oder der zweiten Unabhängigkeit (José Martí in Kuba) aufgebracht wurden.

Verheißen die jüngsten Entwicklungen in Bolivien (Rückkehr des MAS an die Regierung), Peru (Wahlsieg von Pedro Castillo), Brasilien (Rückkehr Lulas in die politische Öffentlichkeit) und Chile (vor einiger Zeit die Studentenproteste, jetzt die Durchsetzung eines Verfassungsprozesses, in dem die Rechte sogar die Sperrminorität verfehlt hat) eine Trendwende? Wenn ja, so sind es in erster Linie die Bewegungen mit starker Beteiligung von Indigenen (vgl. den Beitrag von Fernando Pairican zum Kampf für indigene Bürgerrechte in Chile), von Frauen und anderen Basisbewegungen, die aufhorchen lassen. Elisa Loncón sprach in ihrer Antrittsrede⁷ von den Rechten der Frauen, der Madre Tierra sowie der »pueblos originarios« und forderte die Anerkennung Chiles als »plurinacionales Land« – ganz neue, nie gehörte Töne in dem noch stets von der Bourgeoisie verwalteten chilenischen Nationalstaat. Das macht Mut, auch wenn zu Recht vor »falschen Hoffnungen« zu warnen ist und die politische Umsetzung des Verfassungswortes von »langer Dauer« und ungewissem Ausgang sein wird.⁸ Doch wird dieser Prozess auch der lateinamerikanischen Linken Leben einhauchen, die »nicht nur für die *clases populares* und gegen das Patriarchat kämpfen, sondern auch ein Bewusstsein für die Pluralität des Denkens entwickeln und grundlegend ökologisch sein« muss (Svampa 2020, 295). Freilich wird eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen nur möglich werden, wenn die Rohstoffrente für den Aufbau eines Produktionsapparats eingesetzt wird, der die sprichwörtlich gewordene Logik des »Wie gewonnen, so zerronnen« durchbricht. PJ

7 <https://www.colegiodeprofesores.cl/2021/07/05/discurso-de-elisa-loncon-al-asumir-la-presidencia-de-la-convencion-constitucional>.

8 Vgl. Sergio Caniuqueo Huircapan, »Los principales desafíos de los y las constituyentes mapuche« (www).